LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

12. Wahlperiode

Drucksache 12/2725

04. 03. 1993

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Frau Kohnle-Gros und Tölkes (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums des Innern und für Sport

Abrüstungsvorsorge

Die Kleine Anfrage 1401 vom 10. Februar 1993 hat folgenden Wortlaut:

„The Stars and Stripes" vom 5. Februar 1993 berichtet auf der Titelseite unter der Überschrift: „Aspin seeks big cuts" über neueste Überlegungen aus der Clinton-Administration, die amerikanischen Truppen in Europa bis 1997 auf 100 000 Männer und Frauen zu reduzieren.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Hat die Landesregierung schon Informationen, welche Standorte in Rheinland-Pfalz von weiteren Truppenreduzierungen betroffen sind?
2. War, ggf. seit wann, die Landesregierung durch ihren bezahlten Lobbyisten in Washington über die geplanten Truppenreduzierungen informiert?
   Falls ja, warum wurde die Öffentlichkeit nicht informiert?
3. Was konnte der Lobbyist bisher über die Truppenreduzierungen und betroffenen Standorte in Rheinland-Pfalz bei der Clinton-Administration in Erfahrung bringen?
4. Welche Vorsorge trifft die Landesregierung im Hinblick auf die betroffenen Standorte und Zivilbeschäftigten?

Das Ministerium des Innern und für Sport hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 3. März 1993 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Nein.

Zu 2. und 3.:

Die Landesregierung wird von ihrem Beauftragten in Washington ständig über die Planungen der US-Administration sowie über Diskussionen dieser mit dem Kongreß auf dem laufenden gehalten.

Aufgrund des Wechsels im Präsidentenamt sind diese Planungen und Diskussionen noch im Fluß. Deshalb sind letztgültige Angaben über Truppenreduzierungen derzeit weder zu erhalten noch mitzuteilen. Selbst ein gut informierter Beobachter des amerikanischen Entscheidungsprozesses – wie der Beauftragte der Landesregierung – kann die Ergebnisse dieses Prozesses nicht vorhersehen.

Zu 4.:

Die Landesregierung hat bereits zu Beginn des Truppenabbaues alle betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften aufgefordert, bezüglich der in ihrem Bereich gelegenen militärischen Liegenschaften frühzeitig erste Planungen für denkbare zivile Nutzungsmöglichkeiten einzuleiten, auch wenn eine Freigabe aus der militärischen Nutzung noch nicht konkret bevorstand. Die Nutzungsabsichten der Kommunen wurden im August 1992 in einer Umfrage der „Clearingstelle Konversion" des Ministeriums des Innern und für Sport erfaßt.

b. w.

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 16. März 1993

Auch unabhängig von konkreten Liegenschaftsfreigaben fördert die Landesregierung im Rahmen des Landesüberbrückungsprogramms Konversion in Schwerpunktregionen des Truppenabbaus und an den bisherigen Schwerpunktstandorten militärischer Stationierungen Projekte, die geeignet sind, die bisherigen militärischen Monostrukturen aufzubrechen und neue arbeitsplatzschaffende und arbeitsplatzsichernde Entwicklungen in Gang zu setzen. Dies gilt z. B. für die Stärkung örtlicher kleiner und mittlerer Gewerbestrukturen bis hin zu Untersuchungen über bestehende Möglichkeiten zur Ansiedlung völlig neuer Gewerbe- und Dienstleistungsbereiche im Rahmen der Förderung der kommunalen Entwicklung.

In zahlreichen Beratungen vor Ort hat die Landesregierung an den bestehenden Truppenstandorten über Möglichkeiten der Umschulung und Weiterqualifizierung der Zivilbeschäftigten informiert.

Zuber
Staatsminister